

# Lichtenstein-Collberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Ködlik, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Seierichsdorf, Marienan, Reudersdorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niederwüllen, Zuhlschnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Donnerstag, den 14. Januar.

Nr. 10

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1909.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Expedition in Lichtenstein, Poststraße, Nr. 5 b, alle kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Ausländer entgegen. Insetate werden die Kolorierten zum halben Preis, für auswendige Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Restnummer 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 80 Pfg. Versprecher-Kaufpreis Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

## Bekanntmachung,

die Bekämpfung der Heblaus betreffend.  
Wir weisen wiederholt darauf hin, daß nach § 8 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904 betreffend die Bekämpfung der Heblaus, die Beförderung, Über- und Ausfuhrung beweglicher Sachen über die Grenzen eines

Wohnbezirks verboten ist und Zuwiderhandlungen nach § 10 des genannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit einer dieser Strafen geahndet werden.  
Lichtenstein, am 9. Januar 1909.  
Der Stadtrat.

## Das Wichtigste.

- König Friedrich August hat dem Landesverein vom Roten Kreuz 3000 Mark für die Opfer der Hebeln in Südbatien überwiesen.
- Die türkische Regierung hat das Anerbieten Österreichs, für die früheren türkischen Staatsdomänen in Bosnien 45 Millionen als Entschädigung zu zahlen, angenommen, womit die Kriessache zwischen beiden Ländern so gut wie beendet ist.
- Die Petersburger Polizei entdeckte in der Wohnung eines Studenten ein großes Lager von Bomben und Sprengstoffen.
- Mulay Nohammed, der Bruder des Sultans von Marokko, ist plötzlich gestorben.
- Die ganze Nordwestküste Amerikas wurde von Erderbeben heimgesucht.
- Nach einer Explosion aus Bluefield (Westvirginia) haben durch eine Explosion auf der Dickbranch-Kohlenmine ungefähr 100 Arbeiter ihr Leben eingebüßt.

## Die Presse über den bevorstehenden Berliner Besuch König Eduards.

Die konservative Ball-Mall-Gazette, die bekanntlich in früheren Jahren zu der Gruppe der deutschfeindlichen Jingo-Pöbler gehörte, spricht sich sehr befriedigt darüber aus, daß der Besuch des englischen Königs Eduards in Berlin jetzt endlich geschieht. Aus mehr als einem Grunde könne man damit zufrieden sein, daß der Besuch jetzt tatsächlich stattgefunden werde. Erstens ist der Besuch völlig, denn er ist ja ein offener Wegweiser nach der vorläufigen Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin in England. Zweitens macht die kritische Lage in der internationalen Politik es besonders wünschenswert, daß alle legitimen Einflüsse ausgeboten werden, um die Aussichten besser zu gestalten. Aus diesem Umstande muß auch eine persönliche Begegnung zwischen König Eduard und Kaiser Wilhelm dem am wenigsten sanguinischen Beobachter günstige Ergebnisse versprechen.

Wir wissen, auf welche Seite König Eduard, der Friedensfürst, hinneigt, und wir wissen auch, daß Kaiser Wilhelm, als er unser Gast war, es feierlich ausgesprochen hat, daß er den Frieden zu erhalten wünscht und als Beweis seiner Aufrichtigkeit auf seine 20jährige Regierung hingewiesen hat. Wir können daher nicht zweifeln, daß diese beiden mächtigen Persönlichkeiten aufeinander einwirken werden, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, daß die Schneekugel auf dem Balkan nicht das Signal zu einem europäischen Konflikt geben wird.

Zwischen Deutschland und England, fährt die Ball-Mall-Gazette fort, gäbe es keinen wirklichen Grund zur Feindschaft. Wenn die Deutschen ebenso aufrichtig den Frieden wünschten, wie die Engländer, so sei kein Grund vorhanden, weshalb der Friede gebrochen werden sollte. Freilich kann sich die Ball-Mall-Gazette auch bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, die deutschen Motiven und die übermäßige Nervosität der deutschen Presse zu kritisieren. Es sei vorausgesetzt gewesen, daß der Kaiser bei seiner Neujahr-Ansprache an die kommandierenden Generale sich nur auf die militärischen Ausführungen in dem Auftrag der Deutschen Heere bezogen hätte; jedenfalls aber sei es bedauerlich gewesen, daß die ganze Sache in die Presse gekommen sei. Zum Schluß spricht das konservative Blatt den Wunsch aus, daß die Monarchenbegegnung vielleicht doch eine Verständigung zwischen

den beiden Ländern über die Flottenfrage anbahnen könnte.

Das Daily Chronicle beschäftigt sich ebenfalls mit der Reise des englischen Königspaares nach Berlin, von der es wichtige internationale Folgen erwartet. Das Blatt bedauert, daß auf beiden Seiten der Nordsee die Aufseher wieder tätig seien. In Deutschland, so schreibt das Blatt, wird von einem eisernen Ring gehandelt, den England befreit ist, um das Deutsche Reich zu schmieden. Das ist absurd und um so absurder, wenn ein ebensolcher Uebel des Generalstabes die Fabel wiederholt. Niemand hat man in England an eine Einigung Deutschlands gedacht. Die englische Politik des Auswärtigen ist jenseitig, sie beruht auf dem breiten Pfeiler der Achtung vor dem öffentlichen Recht Europas und auf der Sympathie mit allen auf einen liberalen Konstitutionalismus gerichteten Bestrebungen. — Ja, die unschuldigen Vetter!

## Deutsches Reich.

**Dresden.** (Von Landtage.) Infolge der Arbeiten, die die Wahlrechtsreform bedingt, wird mit einer hinauschiebung des Schlusses des sächsischen Landtages, der bekanntlich am 22. Januar erfolgen sollte, um mindestens 14 Tage zu rechnen sein. Die Erste Kammer des sächsischen Landtages beschäftigt sich gestern mit Petitionen. Der Zweiten Kammer lag unter anderem eine Petition des Kandidaten des höheren Schulamts Adolf Schmidt aus Weiszig vor, der wegen seines Austritts aus der Landeskirche nicht zur Ableistung seines Probejahres in Sachsen zugelassen worden ist. Die Kammer ließ die Petition auf sich beruhen.

**Berlin.** Das verlebte Geheimnis: Von wem ist das Dienstgeheimnis des Neujahrsempfanges verletzt worden? Diese Frage wird fortgesetzt nicht nur in der Presse, sie wird allenthalben gestellt, vom Publikum, in Regierungskreisen und mit Schärfe auch in militärischen Kreisen. Das Aufsehen erregende ist ja diesmal nicht, daß der Kaiser die Aufmerksamkeit der ihm versammelten hohen Militärs auf den Artikel der Deutschen Neuzeit lenkte, nicht, daß darin eine Zustimmung zu der Meinung des Grafen Schlieffen enthalten war — sondern, daß die streng vertraulich gesprochenen Worte des obersten Kriegsherrn über den vermeintlich geschlossenen Zirkel der Höre hinausdringen konnten. Erst war das Berliner Tageblatt in der Lage, etwas zu erfahren, darauf erließen die Tägliche Rundschau mit Einzelheiten auf dem Plan, eine Berliner Korrespondenz mußte dann den Vorgang noch genauer zu schildern, und schließlich gab ein Berliner Wochenblatt, dessen Spezialität Enthüllungen sind, noch eine sozusagen „authentische“ Darstellung zum besten. Die Berichte widersprechen sich in einzelnen Punkten. Es muß also angenommen werden, daß sie nicht von einem und demselben Gewährsmann herrühren. Das verleiht die Ueberzeugung, daß mit hin an mehreren Stellen der Annahme nicht dichtgehalten haben muß. Daß in diesem Falle alsbald eine Untersuchung darüber eingeleitet wurde, wie die Indiskretion entstanden ist, welche Wege sie aufgesucht hat, namentlich aber, welche Zwecke sie damit verfolgte, erscheint sehr begründet. Die Generäle selbst werden Wert darauf legen, daß diese Feststellungen mit aller Gründlichkeit erfolgen und vor niemandem halt machen.

Der Nachwächterposten an den Mindestfordernden. Wenn man in Preußen etwas beginnt, dann tut man es gründlich, was für den neu auf-

genommenen Sparsamkeitsgedanken heißen soll: Von Grund auf. Dafür bietet folgende Stellen-Anzeige einen herrlichen Beleg: „Sofort bei der Staatsanwaltschaft in Meieritz ein Nachwächter, vollständige körperliche Mäßigkeit und Gewandtheit, Lebensalter nicht unter 25 und nicht über 35 Jahre, Militärdienstzeit nicht unter 2 Jahren, Volksschulbildung, Anstellung vertragsmäßig auf Kündigung; die Stelle wird an den Mindestfordernden vergeben, Bewerberinnen an den Ersten Staatsanwalt in Meieritz.“ — Es ist anzunehmen, daß sich eine Anzahl vermögende Männer melden, die, um den Posten des Meieritzer Nachwächters zu erhalten, noch Geld ausgeben. Der preussische Staat macht dann noch ein „feines Geschäft“. Ja, wenn man sparen will, muß man immer „von Grund auf“ anfangen.

## Der Reichstag.

Nach gestern nachmittags zwei Uhr seine Beratungen wieder auf. Präsident Graf Stolberg begrüßte die Versammlung kurz zum neuen Jahre und ging dann zu geschäftlichen Mitteilungen über. Unter lautem Schwelgen verlas er sein Telegramm an das türkische Parlament und gab die Antwort des türkischen Kammerpräsidenten wieder, die mit allseitiger Bravo aufgenommen wurde. Eine große Feiertagsfeier lag über dem Hause, als der Präsident dann die italienische Katastrophe erwähnte. Einmütig erhob sich die Versammlung und nahm die Mitteilung des Präsidenten liehend entgegen. Die warm und herzlich empfundenen Worte, die der Präsident an die Wiederkehr seines Teufelswechfels knüpfte, wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Der Präsident hatte mit Genugtuung konstatiert, daß sich das Haus einhellig zur Entgegennahme dieser Mitteilung erhob. Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten, auf der lediglich Petitionen zur Beratung standen.

## Ausland.

**Konstantinopel.** (Balkanfrieden.) Der Großvezir hat dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen Pallavicini offiziell mitgeteilt, daß er sich mit seinen Kollegen über das Angebot Österreich-Ungarns beraten habe, und daß dieses vom Kabinett angenommen wurde. — Ebenso wie Österreich-Ungarn durch seinen der Türkei weit entgegenkommenden Entschädigungsvorschlag der Orientkrisis viel von ihrer Schärfe genommen hatte, hat die Türkei durch Annahme dieses Antrages wesentlich zur Erhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel beigetragen. Die nächste Folge wird voraussichtlich sein, daß die türkische Konstantinopelbewegung gegen österreichische Waren in der Türkei zum Stillstand kommt. Aber auch Serbien und Montenegro werden sich der Einwirkung der neuen Lage der Dinge nicht entziehen können. In beiden Staaten nunmehr die Aussicht fehlt, im Falle eines kriegerischen Konfliktes mit Österreich die Unterstützung des Osmanenreiches zu erhalten, ist zu hoffen, daß auch sie sich mit der österreichisch-ungarischen Monarchie einigen werden. Dann ständen aber auch der von Rußland gewünschte Einberufung einer neuen Balkankonferenz irgendwelche Bedenken seitens Österreich-Ungarns nicht mehr im Wege, wodurch eine Einigung zwischen dem Zarreiche und der Doppelmonarchie erzielt wäre. So eröffnet die österreichisch-türkische Einigung günstige Aussichten in die Zukunft, und es ist nur zu wünschen, daß sich alle Hoffnungen erfüllen, die man an diese neue Phase der bisher so unerquicklichen Orientkrisis knüpft.

**Zanger.** (Mulay Nohammeds Ende.) Mulay Dabib, der jetzt von allen Mächten anerkannte Sultan von

ft unter  
eit. Der  
herheit,  
alzkafee  
Pfg.

edition.

Balast.

21 Janua  
en

maus

ie zu im Wo

u. Frau.

ne.

mein

ebenst

thof,

onzert

Manen-Reg.

hmaus.

E. Modes.

häft von

ld

wahl in

trägern

schuben

entüchern

ne Chemisette

usstellung

ein.